

Antrag

der Abgeordneten Nicole Gohlke, Bernd Riexinger, Gökyak Akbulut, Clara Bünger, Anke Domscheit-Berg, Ates Gürpınar, Dr. André Hahn, Susanne Hennig-Wellsow, Jan Korte, Ina Latendorf, Caren Lay, Pascal Meiser, Cornelia Möhring, Petra Pau, Sören Pellmann, Victor Perli, Heidi Reichinnek, Martina Renner, Dr. Petra Sitte, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Null-Euro-Ticket für Studierende, Auszubildende und Schülerinnen und Schüler

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mobilität ist mittlerweile zur Grundvoraussetzung für Ausbildung und Beruf geworden. Gleichzeitig belasten die dazugehörigen Kosten gerade junge Menschen und wirtschaftlich schwache Familien enorm. Grundsätzlich sind Minderjährige im Vergleich zu anderen Altersgruppen überproportional von Armut betroffen. Rund 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren wachsen in Armut auf. Das ist jedes fünfte Kind. Bei den Studierenden ist es sogar jede dritte Person (vgl. Der Paritätische – Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege (2022): Armutsbereicht 2022; <https://www.der-paritaetische.de/themen/sozialpolitik-arbeit-und-europa/armut-und-grundsicherung/armutsbereicht-2022/>; S. 8, 12). Weder das BAföG noch die Ausbildungsvergütung reichen aus, um selbstständig davon leben zu können. Die aktuelle Inflation spitzt die Situation deutlich zu.

Ein Nulltarif im öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) entlastet die knappen finanziellen Ressourcen und ermöglicht allen Schüler:innen, Auszubildenden und Studierenden mehr Teilhabe am öffentlichen Leben. Die notwendigen Kosten für den Weg zu Bildungs- und Arbeitsstätten entfallen, Kultur-, Sport- und Freizeitstätten können selbstständig aufgesucht werden und der ÖPNV wird in der alltäglichen Nutzung attraktiver. Ein Null-Euro-Ticket bedeutet einen Beitrag zu mehr Chancengleichheit und zum Klimaschutz. Dabei dürfen die Kommunen und Landkreise nicht auf den Kosten sitzen bleiben. In Berlin wird der Nulltarif für Schüler:innen bereits erfolgreich praktiziert. Das 49-Euro-Ticket wird das Problem nicht lösen. Stattdessen droht gerade mit Blick auf das Semesterticket für Studierende ein ähnliches Verrechnungschaos wie beim 9-Euro-Ticket, das durch den Aufwand zusätzliche, direkte und indirekte Kosten für die öffentliche Verwaltung generiert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, umgehend einen Gesetzentwurf zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes vorzulegen, mit dem es Schüler:innen, Auszubildenden, Studierenden und freiwilligen Engagierten

gierten in einem Freiwilligendienst ermöglicht wird, den ÖPNV zum Nulltarif zu nutzen. Dafür sind zusätzliche Zuweisungen an die Länder über den Haushaltstitel 031 05 im Kapitel 6001 (Regionalisierungsmittel) zur Verfügung zu stellen.

Berlin, den 24. Januar 2023

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt